



FraktionsInfo
Ausgabe Februar / März
2016

SPD-Fraktion in der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Inhalt:

Fraktion aktuell:	Expertenanhörung zur Umsetzung der Rechte Behinderter	Seite 2
Fraktion im Kiez:	... bei der Zukunftswerkstatt Heinersdorf	Seite 3
	... bei der Caritas-Beratungsstelle in der Dänenstraße	Seite 4
Initiativen der SPD-Fraktion zur 38. BVV		Seite 5

Pressemitteilung:

„Gefährliches Nadelöhr: Maßnahmen am S+U-Bahnhof Pankow dringend nötig“	Seite 15
---	----------

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin.
Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Bertram Schwarz, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 01.04.2016, Erscheinungsdatum: 05.04.2016

Fraktion aktuell**Expertenanhörung zur Umsetzung der Rechte Behinderter**

Im Rahmen einer außerordentlichen BVV-Sitzung fand am 17. Februar 2016 eine Expertenanhörung statt, zu der externe ReferentInnen vom Paritätischen, dem Sozialverband Deutschland und dem Berliner Behindertenverband eingeladen waren.

Hintergrund der Veranstaltung ist die derzeitige Erarbeitung des bezirklichen Teilhabekonzepts, dessen Entwurf aktuell sämtlichen Fachausschüssen der BVV zur Stellungnahme vorliegt. Konkrete Herausforderungen in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention liegen etwa in der Änderung der Bauordnung auf Landesebene sowie grundsätzlich im Ausbau eines barrierefreien Umfelds. Dabei wurde seitens der



Expertenanhörung im BVV-Saal

ExpertInnen die Notwendigkeit einer vertikalen Verknüpfung in der Umsetzung vom Bund über das Land bis in die Kommunen angemahnt. Insgesamt handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe, was allein bei der Erstellung und Veröffentlichung barrierefreier Dokumente beziehungsweise solchen in leichter Sprache deutlich wird.

Der Berliner Behindertenverband e.V. macht auf den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 04. Mai 2016 aufmerksam und lädt zur Teilnahme am Protestmarsch vom Bundeskanzleramt zum Brandenburger Tor ein. Nähere Informationen dazu gibt es unter <http://www.protesttag-behinderte.de/>.

Fraktion im Kiez

... bei der Zukunftswerkstatt Heinersdorf

Am 15. Februar war die SPD-Fraktion auf Einladung der Zukunftswerkstatt Heinersdorf zu Gast im Nachbarschaftshaus „Alte Apotheke“. Die Vorstandsmitglieder Sandra Caspers, Gerd Müller und Daniel Becker informierten über die Arbeit des Vereins, dessen Entstehung auf die Verwerfungen im Ortsteil im Zuge des Moscheebauprojekts im Jahr 2006 zurückgeht. Der Gründungsgedanke eines toleranten Miteinanders zieht sich seitdem durch sämtliche Projekte, mit denen die



Der Vorstand der Zukunftswerkstatt im Gespräch mit der Fraktion

Zukunftswerkstatt in den vergangenen Jahren Zeichen gesetzt hat. Eines der sichtbarsten ist die Herrichtung der Festwiese, die im Sommer vielen Veranstaltungen einen tollen Rahmen gibt. Ebenso nachhaltig sind aber auch die vielen kleinen Angebote wie Mittwochs-Salon und Schülerclub, mit denen der rund 100 Mitglieder zählende Verein zu einer festen Größe in Heinersdorf geworden ist und im Umfeld eine hohe Wertschätzung genießt.



Die SPD-Fraktion in der "Alten Apotheke" in Heinersdorf

Die Diskussion mit der SPD-Fraktion war vor allem von den städtebaulichen Veränderungen in Heinersdorf geprägt. Dabei stand die für dieses Jahr geplante Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) für Heinersdorf sowie die mögliche Ansiedlung eines Fleischzerlegebetriebs im Mittelpunkt. Die Ansiedlung des Betriebs wird von den AnwohnerInnen und der Zukunftswerkstatt abgelehnt und als nicht mit der örtlichen

Wohnumgebung verträglich angesehen. Deshalb wurde vereinbart, im Zuge des ISEK ein Werkstattverfahren anzustreben, dass eine umfangreiche Bürgerbeteiligung ermöglicht.

Fraktion im Kiez

... bei der Caritas-Beratungsstelle in der Dänenstraße

Auch im März war die SPD-Fraktion unterwegs „im Kiez“, dieses Mal in Prenzlauer Berg. Die dortige Caritas-Beratungsstelle in der Dänenstraße 19 ist vielen ein Begriff. Und das nicht erst, seit ihre Leiterin Renate Stark für ihr unermüdliches Engagement im vergangenen Jahr mit der Pankower Bezirksmedaille ausgezeichnet wurde.

Neben der allgemeinen Sozialberatung bietet die Caritas in der Dänenstraße seit dem vergangenen Jahr auch eine Migrationsberatung an, die Renate Stark der Pankower SPD-Fraktion an diesem Abend vorstellte. Spezielle Angebote richten sich zum einen an erwachsene Migranten, beispielsweise zur Vermittlung von Sprach- und Integrationskursen oder der Beratung zur Anerkennung von Berufsabschlüssen. Zum anderen spricht der Jugendmigrationsdienst



Im Gespräch: Renate Stark und die SPD-Fraktion Pankow

zugewanderte junge Menschen im Alter zwischen 12 und 27 Jahren an und zielt darauf ab, ihre Integrationschancen durch verschiedene Förderungen zu verbessern.

Für beide Angebote ist bislang ein gefestigter Aufenthaltsstatus nötig. Die Caritas-MitarbeiterInnen in der Dänenstraße können den aktuell nach Berlin kommenden Geflüchteten also erst nach einer entsprechenden Anerkennung weiterhelfen. Ein neues Modellprojekt des Jugendmigrationsdienstes, *jmd2start*, setzt hier an und richtet sich an geflüchtete Jugendliche im Asylverfahren und deren Eltern. Mit einer Erstberatung, Gruppenangeboten und spezifischen Maßnahmen zu den Schwerpunkten Ausbildung/Arbeitsmarkt und schulische Integration soll ihnen der Weg in die Gesellschaft geebnet werden. Die Herausforderung in der Beratung liegt laut Renate Stark vor allem in den unterschiedlichen Voraussetzungen beim Bildungsstand, dem persönlichen Hintergrund und auch der Erwartungshaltung der überwiegend männlichen Migranten. Das macht die Arbeit der Beratungsstelle anspruchsvoll, aber mindestens genauso spannend.

Bezirksverordnetenversammlung am 02. März 2016**Initiativen der SPD-Fraktion**

Die Tagesordnung der 38. BVV am 02.03.2016 war geprägt von der Diskussion um die Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße in direkter Nähe des Thälmannparks. Auch die SPD-Fraktion hat zu diesem Thema einen Antrag eingebracht. Daneben standen mit dem Pankower Tor und dem Alten Schlachthof weitere stadtentwicklungspolitische Projekte im Fokus. Sämtliche Anträge im Detail:

Antrag:**Projekt Pankower Tor: Vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung im Parallelverfahren durchführen (Drs. VII-1109)**

Die BVV Pankow befürwortet die in der Steuerungsrunde erarbeitete Flächenaufteilung in fünf Teilbereiche gemäß den Darstellungen des städtebaulichen Strukturkonzeptes V 32 mit seiner Baumassenverteilung. Diese Teilbereiche sind:

1. Grundschulstandort zwischen Mühlenstraße und Berliner Straße für 400 Schülerinnen und Schüler
2. Einzelhandelskonzentration zur quantitativen Ausweitung und qualitativen Aufwertung des Pankower Hauptzentrum gemäß Zentrenkonzept zwischen Berliner Straße und einer gedachten Linie in der Verlängerung der Neumannstraße
3. Wohnbaustandort zwischen einer gedachten Linie in der Verlängerung der Neumannstraße und einer gedachten Linie in der Verlängerung des Dettelbacher Weges
4. Fachmarkttagglomeration mit zwei Möbelmärkten und einem weiteren Fachmarkt zwischen der Linie in der Verlängerung des Dettelbacher Weges und der Prenzlauer Promenade
5. Gemeinschaftschulstandort nordöstlich der Prenzlauer Promenade für 1.200 Schülerinnen und Schüler

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, gemäß dieser Einteilung fünf Bebauungsplanverfahren durchzuführen. Dabei sollen die Bebauungspläne für die Bereiche 1 und 4 prioritär bearbeitet werden.

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, sich gegenüber dem Senat von Berlin und dem Abgeordnetenhaus für eine Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Parallelverfahren einzusetzen. Folgende Festsetzungen sollen dabei bei der FNP-Änderung für die Teilbereiche Anwendung finden (vgl. Abbildung 1 in der Begründung):

1. Sondergebiet Schule
2. Mischgebiet/Kerngebiet
3. Wohnen
4. Fachmarkttagglomeration
5. Sondergebiet Schule

Das Bezirksamt Pankow wird beauftragt, unverzüglich mit dem Eigentümer über die Übernahme der Grundstückteile westlich der Berliner Straße Verhandlungen aufzunehmen, um den benötigten Grundschulstandort zu ermöglichen.

Für den Bereich der Einzelhandelskonzentration südöstlich des Bahnhofs Pankow wird das Bezirksamt ersucht, in einer Potenzialanalyse die endogenen Potenziale und deren Realisierbarkeit sowie die Erweiterungsbedarfe zu konkretisieren. In einem zweiten Schritt soll in einer Verträglichkeitsuntersuchung festgestellt werden, welche quantitativen und qualitativen Erweiterungen des Einzelhandelsangebots verträglich möglich sind.

Mittels der mit der Senatsverwaltung inhaltlich abgestimmten Verkehrsuntersuchung soll nachgewiesen werden, wie die hinzukommenden Quell- und Zielverkehre des Motorisierten Individualverkehrs bewältigt werden können und wie ein möglichst hoher Anteil des Umweltverbundes erreicht werden kann.

Weiterhin wird das Bezirksamt ersucht, für die von der BVV angestrebte Straßenbahnverbindung Pankow-Heinersdorf-Weißensee eine Kosten-Nutzen-Untersuchung zu beauftragen, um die vorliegenden Untersuchungen zu konkretisieren und eine optimale Erschließung des gesamten Projektes durch den ÖPNV zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist auch die völlige Neugestaltung des Straßenraums südlich des Bf. Pankow unter Einbeziehung der Westspitze des Geländes vom Rangierbahnhof zu untersuchen, damit die Haltestellensituation verbessert und die Verkehrssicherheit erhöht werden kann. Dazu ist ggf. eine zweite Bus- und Bahn-Haltestelle in nördlicher Richtung vorzusehen.

Außerdem wird das Bezirksamt Pankow ersucht, die Planungen für die Errichtung eines Gemeinschaftsschulstandortes östlich der Prenzlauer Promenade (Teilbereich 5) voranzubringen.

Dieser Beschluss ergänzt bzw. konkretisiert die bisherigen Beschlüsse zum Pankower Tor und hebt diese nicht auf.

Das Projekt Pankower Tor wird seit sechs Jahren eng von der BVV Pankow durch Initiativen, Debatten und Beschlüsse begleitet und steht damit als eines von mehreren großen Projekten im Fokus der bezirklichen Entwicklung.

Der nunmehr erreichte Arbeitsstand ermöglicht den Einstieg in parallele Verfahren der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung, da bei der Ausgestaltung der wesentlichen Module zwischen Senat, Bezirk und Eigentümer eine Einigung erreicht werden konnte, ohne dass bereits sämtliche Detailfragen abschließend geklärt wurden.

Gerade vor dem Hintergrund des Bedarfs an der Errichtung zusätzlicher Schulkapazitäten und der dafür vorgesehenen Finanzmittel in der Investitionsplanung des Landes Berlin ist das Vorantreiben der Planungen erforderlich. Deshalb soll der gutachterlich untersuchte Grundschulstandort mit Priorität verfolgt werden. Gleiches gilt für den schon seit vielen Jahren im StEP Zentren vorgesehenen Bereich der Fachmarkttagglomeration an der Prenzlauer Promenade, mit dem zugleich die verkehrliche Erschließung des Gesamtareals gesichert werden kann.

Mit dieser Beschlussfassung bekräftigt und konkretisiert die BVV Pankow ihre Beschlüsse zur Umsetzung des Projekts Pankower Tor und legitimiert das Bezirksamt mit der Aufnahme und Durchführung der erforderlichen Abstimmungen mit der Senatsverwaltung und Umwelt zur Änderung des Flächennutzungsplans von Berlin, so dass mit den in Arbeit befindlichen oder noch zu erstellenden Gutachten die letzten Detailfragen während des eigentlichen Verfahrens erfolgen. Damit will die BVV Pankow signalisieren, dass das Projekt Pankower Tor in dem iterativen Verfahren insgesamt Beschlussreife erreicht hat und die ersten Schritte zu Realisierung erfolgen sollen. Die BVV Pankow erhofft sich dadurch auch eine Beschleunigung bei der Bereitstellung der dringend benötigten Schulinfrastruktur sowie zur Ausweitung des Wohnraumangebots mit ca. 1.000 Wohneinheiten, von denen ein erheblicher Teil mit günstigen Mieten auf den Markt gebracht werden soll.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Florakiez vom Durchgangsverkehr entlasten und Haltestellensituation am S+U-Bahnhof Pankow verbessern (Drs. VII-1110)**

Die BVV Pankow spricht sich dafür aus, das Quartier um die Florastraße vom Durchgangsverkehr des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) zu entlasten. Außerdem beabsichtigt die BVV Pankow, die Haltestellensituation am Bahnhof Pankow zu verbessern, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu erhöhen und die Haltestellenkapazitäten gemäß dem gestiegenen Fahrgastaufkommen und dem erweiterten ÖPNV-Angebot auszuweiten.

1. Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt Pankow deshalb, sich dafür einzusetzen, dass an der Kreuzung Berliner Straße/Florastraße das Linksabbiegen für den Motorisierten Individualverkehr untersagt wird. Die Belastung anderer Straßen durch dadurch umgeleitete Verkehre ist im Vorfeld zu prüfen.
2. Für eine kurzfristige Verbesserung der Haltestellensituation ersucht die BVV Pankow das Bezirksamt Pankow, mit dem Senat, der Verkehrslenkung Berlin und der BVG folgende Alternativen für die gemäß Beschlusspunkt 1 frei werdende Linksabbiegespur unter Beachtung der Verkehrssicherheit zu prüfen:
 - a) Provisorische Verbreiterung der Haltestelle für die ÖPNV-Fahrten in nördlicher Richtung und Schaffung zusätzlicher Aufstellflächen für die Fahrgäste oder
 - b) Errichtung einer Busspur auf der rechten Fahrspur samt zusätzlichem Haltstellenbereich für Omnibusse mit Schaffung zusätzlicher Haltestellenkapazitäten und Aufstellflächen für die Fahrgäste sowie Umwandlung der Linksabbiegespur in eine Geradeausspur für den in nördlicher Richtung verkehrenden MIV
3. In der mittelfristigen Perspektive ist für die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Kapazitätserweiterung die Neuordnung der Haltestellensituation durch die vollständige Neugestaltung des Straßenraums unter Einbeziehung privater Teilflächen östlich der Berliner Straße vorzusehen. Dabei ist die Einbeziehung einer Straßenbahnstrecke in Richtung Heinersdorf-Weißensee ebenso einzubeziehen wie die Errichtung eines zweiten Bahn- und Busbahnsteiges in nördlicher Richtung.


Die Verkehre im Bereich des Florakiezes haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Überwiegend handelt es sich dabei nicht um Ziel- oder Quellverkehre. Eine Vielzahl der Fahrzeuge durchquert dieses Wohngebiet lediglich. Dafür ist die Florastraße mit ihrer Wohn- und Versorgungsfunktion dauerhaft nicht geeignet. Im Gegenteil: die Beeinträchtigungen wirken sich negativ auf die Arbeits-, Wohn- und Lebensqualität aus.

Deshalb will die BVV Pankow geeignete Maßnahmen zur Entlastung ergreifen. Die Umleitung der Durchgangsverkehre mit südlicher Umfahrung über die Mühlenstraße und bei nördlicher Umfahrung über die Breite Straße sind dem MIV zuzumuten und führen diesen auf gut ausgebaute Hauptverkehrsstraßen.

Die Planungen für die Haltestellen am Bf. Pankow wurden vor ca. 10 bis 15 Jahren vorgenommen. Bereits kurz nach der Errichtungen zeigten sich erste Engpässe. Insbesondere die gemeinsame Haltestelle für die in nördlicher Richtung verkehrenden Straßenbahn- und Buslinien ist für die Vielzahl der Fahrgäste viel zu schmal konzipiert. Aufgrund der gestiegenen und weiter steigenden Fahrgastzahlen verschärft sich die Situation beständig weiter. Durch Veränderungen in der Linienführung ergeben sich seit einigen Jahren zusätzliche An- und Abfahrten verschiedener Buslinien. Der Senat von Berlin und die BVG haben erfreulicher Weise zugleich bereits mit deutlichen Angebotsausweitungen auf die steigenden Fahrgastzahlen reagiert. Weitere Ausweitungen des Angebots wurden ebenso angekündigt. Schon heute finden an dieser Haltestelle über 40 Fahrten pro Stunde in der Hauptverkehrszeit statt. Damit sind die baulichen Kapazitäten voll ausgeschöpft.

Durch den Entfall der Linksabbiegespur kann die Ampelphase für den ÖPNV verlängert werden. Damit lassen sich die Engpässe für die Fahrgäste und die Kapazitäten aber nicht entscheidend verbessern. Diese Maßnahme allein reicht also nicht aus. Vielmehr ist über eine vollständige Neugestaltung zu entscheiden. Dieses sollte im Zusammenhang mit der Realisierung des in Planung befindlichen Projektes Pankower Tor möglich werden.

Unabhängig von den mittelfristigen Möglichkeiten, ist daher eine kurzfristige Lösung erforderlich, die sowohl die Verkehrssicherheit der Fahrgäste erhöht als auch die Haltestellenkapazität erweitert, wenn auch als Provisorien. Die zu prüfenden Varianten zeigen dafür die aus der Sicht der BVV Pankow geeigneten Möglichkeiten auf.

 Überwiesen in den Ausschuss für Verkehr und öffentliche Ordnung.

Antrag:**Vorgaben für die weitere Entwicklung des Güterbahnhofs Greifswalder Straße
(Drs. VII-1111)**

Die BVV Pankow befürwortet für die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs zur weiteren Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofs westlich der Greifswalder Straße, wenn die Rahmenvorgaben und die Beteiligungsmöglichkeiten geeignet sind, ein Ergebnis zu erbringen, auf dessen Basis die verbindliche Bauleitplanung aufgenommen werden kann.

Die BVV Pankow beansprucht daher drei Mitgliedspositionen mit vollem Stimmrecht, die durch die Mitglieder des Vorstandes des Ausschusses für Stadtentwicklung und Grünanlagen wahrgenommen werden sollen. Die MieterInnen der beiden anliegenden Wohnungsunternehmen (GEWOBAG und WBG Zentrum) sollen ebenfalls durch jeweils eine VertreterIn mit vollem Stimmrecht in der Jury vertreten sein.

Die im Rahmen der Erstellung des INSEK bzw. der Voruntersuchung Thälmannpark erarbeiteten Grundlagen und Handlungsbedarfe sollen als Rahmenbedingungen und -vorgaben für die Ausgestaltung des Wettbewerbs dienen und gegebenenfalls weiter konkretisiert werden. Die genaue Aufgabenstellung bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Die folgenden Punkte sind als Rahmenvorgaben für den städtebaulichen Wettbewerb anzusetzen:

- Neuansiedlung von ca. 400 Wohnungen, wie im INSEK vorgesehen, unter Herstellung eines vielfältigen Wohnungsschlüssels und Integration von alten- und behindertengerechten Wohnungen
- Sicherstellung einer sozialen Durchmischung durch Anwendung des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung
- Keine Überschreitung der Bauhöhe der nördlich des S-Bahn-Rings vorhandenen Bebauung, das gilt insbesondere auf dem höher gelegenen Teil des Areals
- Im Regelfall sollen nicht mehr als 5 Geschosse und ein Staffelgeschoss geplant werden, in Einzelfällen sind auch zwei Staffelgeschosse zulässig
- Ausschluss der Errichtung eines Hochhauses oder mehrerer Hochhäuser
- Vorschläge für eine straßenbegleitende Bebauung entlang der Greifswalder Straße zwischen S-Bahn-Ring und Lilli-Henoch-Straße und Ausarbeitung von Nutzungsvorschlägen

- Klare Positionierung zum Umgang mit dem vorhandenen Geländesprung sowie den Hindernissen Bahngelände und Fernwärmeleitung
- Ausgestaltung eines durchgängigen, öffentlich zugänglichen Grünzugs mit einer Mindestbreite von 20 Metern für den Rad- und Fußverkehr
- Vorschläge zur Integration von Bestandsgebäuden samt Nutzungsvorschlägen, insbesondere für das Stellwerk und die Lagerhallen
- Nachweis der Sicherstellung einer angemessenen und dem jetzigen Zustand adäquaten Versorgung mit PKW-Stellplätzen für die vorhandene Bevölkerung und neue BewohnerInnen sowie Anordnung dieser Stellplätze

Das INSEK bzw. die Voruntersuchung Thälmannpark wurden durch die BVV Pankow initiiert. Die Erstellung erfolgte mit einer sehr aufwändigen Beteiligung der BürgerInnen in einer Vielzahl von Veranstaltungen. Die Arbeitsergebnisse bilden zugleich die Grundlage für den Einsatz von Mitteln aus der Städtebauförderung. Vor allem ist dieser Arbeitsstand aber derjenige, der am ehesten in der BVV mehrheitsfähig ist und zugleich ein mit den BürgerInnen abgestimmtes Ergebnis wieder gibt.

Die weiterführenden Arbeiten des Eigentümers und des Bezirksamtes zeigen die Möglichkeiten und Grenzen einer viel weitergehenden Verdichtung unter Erhöhung der Zahl der Wohnungen und Ansiedlung von zusätzlichem Gewerbe auf. Diese Vorschläge erwiesen sich in den Ausschussdebatten als nicht mehrheitsfähig, da sie städtebaulich nicht überzeugen konnten und auch die zwingende privatwirtschaftliche Notwendigkeit dieser drastischen Verdichtung und Erhöhung der Grundstückausnutzung weder erkennbar waren noch intersubjektiv nachvollziehbar vermittelt werden konnten.

Der vorgeschlagene städtebauliche Wettbewerb stellt somit ein geeignetes Verfahren dar, um zu einem städtebaulichen Entwurf zu gelangen, in dem sowohl die Interessen der AnwohnerInnen, der Eigentümer und die Bedarfe des Bezirks im Rahmen der Bereitstellung von und Versorgung mit sozialer und grüner Infrastruktur gewährleistet werden. Da die unabhängig von der genauen Ausgestaltung zu treffenden Entscheidungen letztlich im Rahmen der Festsetzung eines Bebauungsplanes erfolgen werden und müssen, ist eine unmittelbare Einbindung der Fachleute aus der BVV in die Wettbewerbsjury ebenso sinnvoll wie zielführend. Gleiches trifft auch auf die Beteiligung von MieterInnenvertreterInnen zu.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Antrag:**Informationsveranstaltung zum Investorenprojekt Alter Schlachthof (Drs. VII-1112)**

Das Bezirksamt wird ersucht, im Frühjahr 2016 zu der beabsichtigten Bebauung des Alten Schlachthofs an der Landsberger Allee 104 mit einem Kongresszentrum und Einkaufspassagen, unter Einbindung des Bezirksamts von Friedrichshain-Kreuzberg mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, Gewerbetreibenden und den Architekten sowie Vertretern des Investors Warimpex und UBM Development eine öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen.

Der Veranstaltungsort und -termin ist rechtzeitig mittels Anzeigen und öffentlicher Bekanntmachung anzuzeigen.

Nach Bekanntwerden der o. g. Bauabsichten, unter anderem durch einen Artikel in der Berliner Zeitung, erreichten uns wiederholt Anfragen aus Anwohnerkreisen.

Eine Entwicklung des seit Jahren brach liegenden Geländes, insbesondere auch der unter Denkmalschutz stehenden Viehauktionshallen, liegt auch im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner. Fragen und Befürchtungen bestehen jedoch u. a. hinsichtlich der Verkehrsführung, der konkreten Bebauung sowie deren Auswirkungen auf die im näheren Umfeld befindlichen Erhaltungsgebiete Petersburger Platz und Hausburgstraße, insbesondere der zu erwartenden Verkehrszunahme an der in diesem Bereich bereits überlasteten Landsberger Allee und den angrenzenden Straßen.

Erfahrungen mit früheren und aktuellen Großprojekten verdeutlichen eindrucksvoll, dass eine frühzeitige Information und Einbindung von Anwohnern geeignet ist, Irritationen, Irrtümer und Fehlannahmen in der Bevölkerung auszuräumen und einen sachlichen öffentlichen Diskurs ermöglicht, der zu einer höheren Akzeptanz führen kann, die auch im Interesse des Investors liegen sollte.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Mieterschutz ernst nehmen – Umfassende Informationen zu Anträgen auf Umwandlung in Wohneigentum bereitstellen (Drs. VII-1113)**

Das Bezirksamt wird ersucht, Mieterinnen und Mieter in sozialen Erhaltungsgebieten, für deren Wohnungen ein Antrag auf Umwandlung in Wohnungs- / Teileigentum gestellt wurde, möglichst frühzeitig und umfassend über den Ablauf des Genehmigungsverfahrens zu informieren. Die Information soll insbesondere folgende Punkte beinhalten:

- Welche Begründung für die Umwandlung im Antrag angegeben ist
- Wie lange das Genehmigungsverfahren für Umwandlungsanträge derzeit in Pankow durchschnittlich dauert

Hierzu ist ggf. eine Abstimmung mit der Mieterberatung herbeizuführen.

Weiter wird das Bezirksamt ersucht, auf seiner Internetpräsenz den Ablauf des Genehmigungsverfahrens zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im Geltungsbereich der Umwandlungsverordnung umfassend zu erläutern. Insbesondere sollen die Gründe, die zur Genehmigung einer beantragten Umwandlung führen können, dargestellt werden.

Derzeit werden Mieterinnen und Mieter in sozialen Erhaltungsgebieten bei einer beabsichtigten Umwandlung ihrer Wohnung in Wohneigentum lediglich knapp darüber informiert, dass ein entsprechender Antrag eingereicht wurde und dass ein Genehmigungsvorbehalt besteht. Hierdurch wird oft Verunsicherung ausgelöst, da sich die Mieterinnen und Mieter keine Vorstellung machen können, wie das Genehmigungsverfahren abläuft, wie wahrscheinlich eine Genehmigung ist, und vor allem, wann sie in etwa mit einer Entscheidung rechnen können.

Auch allgemeine Informationen über den Ablauf des Genehmigungsverfahrens sind auf der Internetpräsenz des Bezirksamtes schwer auffindbar und nur unzureichend dargestellt. Insbesondere fehlt eine vollständige Darstellung der Gründe, die zu einer Genehmigung führen können.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Antrag:**Nachwahl einer stellvertretenden Bürgerdeputierten im Ausschuss für Schule und Sport (Drs. VII-1122)**

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin wählt Frau Alexandra Wend als stellvertretende Bürgerdeputierte für den Ausschuss für Schule und Sport.

Die vormalige Bürgerdeputierte Ina Kaczmarek hat ihr Amt gem. § 24 Abs. 1 BezVerwG durch Wegfall der Voraussetzungen (§ 22) vorzeitig beendet. An ihre Stelle trat gem. § 21 Abs. 1 Satz 3 BezVerwG der vormalig stellvertretende Bürgerdeputierte Herr Kai Klee. Daher wird die Nachwahl einer stellvertretenden Bürgerdeputierten für den Ausschuss für Schule und Sport notwendig.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Pressemitteilung vom 03.03.2016**Gefährliches Nadelöhr: Maßnahmen am S+U-Bahnhof Pankow dringend nötig**

Verzicht auf Linksabbiegespur entspannt Haltestellensituation und entlastet Florakiez

Die Bus- und Tram-Haltestelle am S+U-Bahnhof Pankow ist ein gefährlicher Ort: Die hohe Zahl der täglichen Fahrgäste an der vor mehr als zehn Jahren geplanten Haltestelle übersteigt die dortigen Kapazitäten um ein Vielfaches. An dem deutlich zu schmalen Wartebereich kommt es deshalb immer wieder zu gefährlichen Situationen, insbesondere für Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität oder Eltern mit Kinderwagen. Nachdem die SPD-Fraktion bereits durch frühere Initiativen auf die Problematik hingewiesen hat (Drs. VII-0692), greift sie die Thematik nach Bürgerhinweisen nun erneut auf: In einem Antrag zur heutigen 38. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow schlägt die SPD-Fraktion vor, das Linksabbiegen an der Kreuzung Berliner Straße/Florastraße zu untersagen und die dadurch frei werdende Spur für eine provisorische Verbreiterung der Haltestelle oder die Errichtung einer Busspur in nördlicher Richtung zu nutzen.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Roland Schröder, erklärt dazu: „Senat und BVG haben auf die steigenden Fahrgastzahlen erfreulicherweise bereits mit einer Ausweitung des Angebots reagiert. Schon jetzt finden an dieser Stelle zur Hauptverkehrszeit mehr als 40 Fahrten pro Stunde statt. Damit sind die baulichen Kapazitäten an der Haltestelle voll ausgeschöpft, weshalb dringend über Alternativen nachgedacht werden muss. Zugleich wird durch den Verzicht auf die Linksabbiegespur der Florakiez vom Durchgangsverkehr entlastet.“